

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“.

Die abgegebene Monatszeitschrift aber deren Raum kostet 10.— M. eine halbjährlich 48.— M. eine jährlich 96.— M. eine dreijährlich 288.— M. eine fünfjährig 480.— M. eine zehnjährig 960.— M.

Verlags- und Druckerei-Verlag: Berlin O 2, Breite Straße 50

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Schwere Arbeitskämpfe überall!

### Ein Ausruf der Metallarbeiterinternationale

Das Zentralkomitee der Internationalen Metallarbeiterbundes veröffentlicht einen Ausruf an die Mitglieder der angeschlossenen Landesorganisationen, in dem zur Unterstützung der in schweren Kämpfen befindlichen Metallarbeiter einer Reihe von Ländern aufgefordert wird. Es heißt darin:

Unsere dänischen Brüder wurden schon seit Wochen rücksichtslos auf die Straße geworfen und kämpfen trotz Arbeitslosigkeit und dem langen Kampfe, der sich bereits im vorigen Jahre abspielte, mit der größten Ausdauer.

Anfang März wurden die britischen Maschinenbauer vor die Wahl gestellt, sich der Unternehmerwillkür zu fügen oder ausgesperrt zu werden. Die Unternehmer verlangten nicht nur gewaltigen Lohnabzügen noch Überstunden, und dies, obwohl Hunderttausende arbeitslos auf der Straße stehen. Ebenso sollten alle Erzeugnisse, die sich unsere Kollegen während der Kriegsjahre hindurch erkämpft hatten, wieder abgeschafft werden. Auch in Großbritannien verfügten die Unternehmer die Aussperrung, von der bereits einige Hunderttausend Maschinenbauer betroffen sind. Der Kampf droht aber auch die übrigen Metallbranchen zu erfassen, wodurch eine Million Metallarbeiter auf die Straße geworfen werden.

In Ungarn sind unsere Brüder ebenfalls vom schwersten Kampfe bedroht und bereits sind über 10 000 Metallarbeiter ausgesperrt.

In Oesterreich, Belgien, Italien und Frankreich spielen sich schwere Kämpfe ab gegen Lohnkürzungen und Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen.

Auch in Deutschland sind unsere Kollegen in schwere Kämpfe verwickelt; die durch die fortgesetzte Markentwertung verursachte Teuerung steigt ins Unermessliche und zwingt zu dauernden Lohnkämpfen, während die Unternehmer alles versuchen, um Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durchzuführen. In Süddeutschland stehen zurzeit schon 100 000 Metallarbeiter im Kampf, um die versuchten Verschlechterungen und namentlich die Verlängerung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 46 auf 48 Stunden abzuwehren. Überall ein wildes Wüten der Reaktion.

Es darf nicht geschehen, so heißt es zum Schluß, daß unsere Brüder infolge mangelnder Mittel ihren Kampf abbrechen müssen. Helft, den Sieg zu sichern. Zeigt dem rachedürstigen Ausbeutertum, daß die Metallarbeiter aller Länder geschlossen zu ihren kämpfenden Brüdern stehen! Ihr Kampf ist auch unser Kampf!

Hoch die internationale Solidarität!

### Vor einer Einigung in England?

CP. London, 27. März.  
Der „Observer“ teilt mit, daß eine Einigung zwischen Metallarbeitern und Unternehmern erzielt wurde. Man könne mit der baldigen Wiederaufnahme der Arbeit rechnen.

### Aussperrung auf englischen Schiffswerften.

Intel. London, 27. März.  
Die Schiffbauunternehmer weigerten sich, auf die bereits angekündigte Aussperrung der Arbeiter zu verzichten. Die Aussperrung der Werftarbeiter wird somit am Dienstag beginnen. Am Montag soll die Verhandlung über die geplanten Lohnherabsetzungen beendet sein.

### Vor dem Kohlenarbeiterstreik in Amerika.

CP. Washington, 27. März.  
Im Weißen Hause wurde gestern mitgeteilt, daß die Regierung alle Mittel erschöpft hat, um den Kohlenarbeiterstreik, der am 1. April ausbrechen soll, zu verhüten. Ihre Bemühungen, eine Konferenz zwischen den beiden Parteien herbeizuführen, seien fehlgeschlagen.

### Die Lösung der Orientfragen

Brüssel, 25. März.

Die alliierten Außenminister legten gestern die Vorschläge über die Finanzverwaltung der Türkei, die durch den Vertrag von Sevres festgelegt wurde, sowie die Ueberwachung durch die alliierte Finanzkommission fort. Die Türkei verlange fiskalische Autonomie, es sei — wie Dawas mitteilt — wahrscheinlich, daß die Sachverständigen eine Ueberwachungsverwaltung einrichten würden. Die Minister besprachen ferner die englischen und französischen Ansichten über die türkisch-iranische Grenze, die nicht übereinstimme. Nach Dawas dürfte ein vorläufiger Beschluß gefaßt werden, der die Grenze Enos-Midja festlegt. Die Zuteilung Adrianopels könne Schwierigkeiten bieten. Was die Meerengen an-

betreffe, so würden die Abordnungen wahrscheinlich die französische Ansicht annehmen, die die alliierten Truppen nur auf dem europäischen Ufer belasse und der Türkei volle Autonomie über das anatolische Ufer zuspreche. Bezüglich Gallipolis wolle die englische Entschlossenheit die Halbinsel den Griechen überlassen, da sich gegenüber den Türken in der Mehrheit befänden.

### Der italienische Außenminister in London.

London, 27. März.

Der Pariser Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt: Der Besuch des italienischen Außenministers, nach England zu reisen, um mit Lloyd George zusammenzutreffen, habe in Pariser politischen Kreisen ungeheures Aufsehen erregt. Diese Reise werde in Paris als ein Zeichen dafür angesehen, daß die Konferenz für den nahen Osten bezüglich der schwierigsten Fragen, die mit der Abänderung der Verträge von Sevres zusammenhängen, nicht so gut verlaufen sei, als man gehofft hatte. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, dem Londoner Besuche des italienischen Außenministers, der beabsichtigt, mit Lloyd George über die Genueser Konferenz zu beraten, werde in London beträchtliche Bedeutung beigemessen. Diese Beratungen zwischen den beiden Staatsmännern könnten als die natürliche Folge und als eine Ergänzung der von Poincaré und Lloyd George angelegten werden.

### Waffenstillstand in Griechenland

Athen, 26. März.

Die den Gellandern der alliierten Mächte übermittelte Antwort der griechischen Regierung auf den Waffenstillstandsvorschlag besteht aus zwei Notizen, deren eine die grundsätzliche Annahme des Vorschlages enthält, während die andere die Ansicht der griechischen Regierung über die formalen Seiten zum Ausdruck bringt, unter denen der Waffenstillstand abzuschließen werden soll, wobei die hinsichtlich der militärischen Bedingungen gemachten Vorbehalte eine Rolle spielen. Die Presse billigt die Antwort der Regierung im allgemeinen, hebt jedoch eine Reihe von Einzelheiten hervor, die bei der endgültigen Regelung der Verhältnisse im nahen Orient zu beachten waren, und bezieht insbesondere darauf, daß die irrazionelle Frage nicht Gegenstand der Erörterungen sein dürfe.

### Vorbereitungen für Genua

Um die Anerkennung Sowjetrußlands.

London, 27. März.

Nach dem Parlamentsberichterstatter der „Times“ soll Churchill der Anerkennung der Sowjetregierung sehr ablehnend gegenüberstehen. Einer der Gründe für die Weigerung Lloyd Georges nach London sei die Notwendigkeit, zu einem Einvernehmen mit den Kabinettsmitgliedern zu gelangen, die für die Konferenz in Genua keine Begeisterung an den Tag legen. „Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel, mit dem Herannahen der Konferenz trete die Frage der Anerkennung der russischen Sowjetregierung in den Vordergrund. Alles hänge von den Verhandlungen ab, die Rußland in Genua geben könne, niemand wolle Rußland bedingungslos anerkennen.

### 37 Nationen und 765 Delegierte.

CP. New York, 26. März.

Nach dem „New York Herald“ haben bis jetzt 37 Nationen die Listen ihrer Delegierten eingereicht. Die Zahl der Delegierten beläuft sich auf 765. England entsendet ungefähr 100, Italien ebensoviel, Rußland und Deutschland je 80, Japan 50, Polen 40, UdSSR 30, Albanien 3, Luxemburg 6, Estland 4, die nordischen Staaten zusammen 28.

### Die Vertretung des internationalen Arbeitsamtes.

Intel. London, 27. März.

Albert Thomas, der Direktor des internationalen Arbeitsamtes, ist in London eingetroffen, um dort über die Mitarbeit und die Teilnahme des Arbeitsamtes an der Konferenz von Genua zu verhandeln. Das Direktionskomitee des Arbeitsamtes hat ihn beauftragt, die Mitwirkung des Arbeitsamtes an der Konferenz anzutragen, und zwar in Form einer kleinen Kommission, aus Unternehmern, Arbeitnehmern und Arbeitgeberern zusammengesetzt, die der Direktion des Arbeitsamtes unterstehen soll.

Der Niederrang der englischen Koalition. Bei der Erwahlung in Oberthron erhielt der Koalitions-Unionist 11 811 und der Kandidat der Unabhängigen Liberalen 9 490 Stimmen. Bei der letzten Wahl hatte der Koalitions-Unionist 13 500 und der Arbeiterpartei 3202 Stimmen erhalten.

## Die Valutenvölkerschlacht

Von Dr. Paul Hende (Wien).

Die Welt hat sich seit Beendigung des Krieges in zwei Teile gespalten. Die Länder scheiden sich in zwei Klassen; jeder Staat hat einen entsprechenden Rangplatz, der im Kurse seiner Valuta zum Ausdruck kommt. Keine Rangordnung wird jetzt peinlicher eingehalten als diese.

In die eine Klasse gehören die besiegten Staaten: Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien und Sowjetrußland. In der anderen nehmen die wirklichen Sieger: England, Amerika und Japan wie auch die neutralen Staaten Platz. Einige Uebergangsstufen sind zu verzeichnen. Der unteren Gruppe stehen die Sukzessionsstaaten der Habsburger Monarchie näher, der oberen Italien, Frankreich und Belgien.

Es waltet ein schonungsloser Kampf zwischen den beiden Gruppen. Den mächtigsten Staaten der Welt, die über unermessliche Reichtümer verfügen, stehen die geschwächten gegenüber. Die zweite Klasse ist der ersten vollständig ausgeliefert, denn Kredite und Rohstoffe sind nur von dieser zu erhalten. Die valutarischen Länder kaufen die Häuser, Fabriken, Minen, Wälder, Aktien der Bettelosen auf. An diesem Feldzuge nehmen mit Feuereifer auch die neutralen Staaten teil, die so auch ihrerseits von den besiegten Ländern eine Kriegsschädigung eingetrichtert haben. Es kommt nicht auf den Gebietsumfang an, die kleine Schweiz kann vielleicht in dieser Hinsicht Amerika den Rang ablaufen.

Unter den Angehörigen einer und derselben Klasse bildet sich im Lauf der Zeiten ein gewisses Zusammengehen aus, die Solidarität der Reichen gegen die Armen. Man kann jedoch nicht sagen, daß innerhalb dieser bevorrechteten Gruppen die evangelische Liebe herrscht. Die einzelnen Mitglieder bestechen einander grimmig, wenn ihre Interessen auseinandergehen. Handelt es sich aber darum, den Schwächeren gegenüber die Rechte des Stärkeren geltend zu machen, ihre bedrängte Lage auszunützen, dann wird die Streitart begraben. Die kämpfenden Parteien umarmen einander und wenden sich gemeinsam gegen das auszubehelnde Objekt.

Diesem eisernen Wall müßte die Solidarität der ausgebeuteten Länder entgegengehalten werden. Nur durch einheitliches Vorgehen könnte man diese wirtschaftliche Uebermacht brechen, nur ein wohlorganisierter Streik würde die verblendeten Finanzmächte zur Besinnung bringen. Länder mit niedriger Valuta vereinigt euch! Jollt der Schlachtruf dieser Gruppe sein. Doch strengen sich mächtige Hindernisse dieser Einigung entgegen. Die vom gleichen Valutafischal heimgekehrten Länder befinden sich in zwei noch immer feindlichen Lagern und beide stehen unter der militärischen und politischen Diktatur der Westmächte. Jedes Land, dessen Valuta um einige Punkte höher steht, würde sich vorläufig weigern, mit den übrigen gemeinsam vorzugehen. Es war eben von jeher die Solidarität unter den Herrschern stärker als unter den Unterdrückten.

Völker und Klassen, von ihren Ausbeutern dem Hungertode preisgegeben, verfallen Seuchen und Krankheiten. Das Schicksal läßt grausame Vergeltung, die Seuchen fallen auf die Herrschenden zurück. Die valutarischschwachen Länder leiden an der Inflationskrankheit, deren schädliche Wirkungen sich auch in den mächtigen Ländern sichtbar machen. Die Inflation fördert den Export und macht empfindliche Konkurrenz allen anderen Industriestaaten; sie schwächt weiter die Kaufkraft der eigenen Industrie, die nicht mehr Rohstoffe in valutarischen Ländern einkaufen kann. Die zwangsläufigen Zusammenhänge der Weltwirtschaft übertragen die Krankheits- und Ferkungskeime der Inflation in die entlegenen Länder.

Diese Wirkungen der Inflation zerrütteten zuerst die Einheit der Entente. England und Amerika, die die deutsche Konkurrenz empfindlich schädigt, geraten in schroffen Gegensatz zu Frankreich, dem nur an der finanziellen Ausbeutung gelegen ist. Doch hört die Solidarität auch innerhalb eines bestimmten Siegerstaates auf. Die Finanzwelt, die großen Banken und die Valutaspesulanten möchten diesen Zustand um jeden Preis verlängern. Der Handel und diejenigen Industriezweige, welche entweder die fremde Konkurrenz zu befürchten haben oder um ihr Absatzgebiet zittern, wollen den valutarischschwachen Ländern bei der Besserung ihrer Valuta behilflich sein. Auch die letzteren zeigen ein verworrenes Bild. Je größer das Glend eines Landes ist, desto leichter wird es einer, durch keine Skrupeln getriebenen dünnen Schicht, das Volk auszubeuten. Auf diesem Gebiete fällt die

Führung auch in den besiegten Ländern dem Finanzkapital zu; Spekulant und Schieber sind mit ihnen eng verbunden. Es wäre schwer zu entscheiden, ob das Ausland schonungslos das betreffende Land ausplündert als die eigenen Landsteuere. Da die Erhaltung dieses Zustandes ihnen überaus vorteilhaft erscheint, sind sie die natürlichen Verbündeten derjenigen ausländischen Gruppen, welche die Sanierung der Valuta hintertreiben.

So wütet ein unübersehbarer Kampf, ein Krieg aller gegen alle. Die Gruppierung der Kräfte wechselt von Tag zu Tag, die gestrigen Verbündeten stehen heute haßerfüllt einander gegenüber. Diese Valutapöbelschlacht ist der Ausdruck der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise, der Weltreaktion, der unerbittlichen Friedensverträge und endlich der Klassenherrschaft und Ausbeutung innerhalb der heimgeführten Länder.

## Winke für den Sparminister

Als Herr Hermes sein Amt als Finanzminister übernommen hatte, da wurde ihm von der Deutschen Volkspartei in ihrer von uns ausführlich behandelten Denkschrift zum Steuerkompromiß die Weisung mitgegeben, er möge sparen. Da Herr Hermes der Meinung gerade dieser Partei besonders gern folgen wird, möchten wir ihm, dem Sparfinanzminister, mit einigen Fingerzeigen an die Hand gehen, damit er leichter erkennt, wo er sparen kann. Wir erhalten da z. B. eine Zuschrift, die auf die hohen Offizierspensionen aufmerksam macht und folgendes mitteilt:

Ein voll erwerbsunfähig Kriegsbeschädigter bezieht (wenn er keine Ainder hat) schlechtestenfalls monatlich 501,20 M., mit Aindern monatlich 751,95 M. Derselbe Kriegsbeschädigte (also wohlverstandener, es ist hier von einem Kriegsbeschädigten die Rede, der auf Grund seines körperlichen Zustandes nicht mehr in der Lage ist, irgend welche Arbeit zu leisten) bezieht bestenfalls mit Ausgleichs- und Pflegezulage für sich und seine Familie mit 5 Aindern monatlich 1295,70 M.

Zunächst stelle ich fest, daß diese Sätze, gelinde gesagt, dazu angehen, die Vermitteln dem Hungertode preiszugeben.

Demgegenüber bezieht ein hoher Offizier, z. B. im Range eines Generalmajors, nach dem Pensions-Ergänzungsgesetz monatlich 6886,70 M., ein Generalleutnant monatlich 7656,65 M., ein General der Infanterie monatlich 10 285,00 M. Dasselbe trifft für die höheren Beamten zu. Ein Reichsmilitärgerichtsrat z. B. bezieht vierteljährlich 26 400,00 M., ein Senatspräsident vierteljährlich 31 200,00 M. So könnte ich eine endlose Reihe von Beispielen aufzählen.

Aus diesen angeführten Beispielen wird jedem klar sein, daß doch ein bißchen zu toll gewirtschaftet wird mit dem Gelde der Steuerzahler, zumal noch bei der Gewährung der Pensionen Vermögen (und sehr oft nicht unerhebliches, auch Güter usw.) und sonstige Einnahmen ganz unberücksichtigt bleiben.

Aus diesen zuletzt angeführten Beispielen wird jedem vorzugeteilt, daß ein Pensionskürzungsgesetz von irgendeiner Seite vorgelegt worden. Dieser Entwurf, dessen Ausführung ein Segen für die gesamte finanzielle Lage des Reiches gewesen wäre, wurde abgelehnt.

Zur Begründung wurde vom Reichsrat ausgeführt, daß ein Pensionskürzungsgesetz in die wohlverordneten Rechte der Offiziere und Beamten eingreife und den Nichtstuer vor dem Arbeitsamen bevorzugt, und weil die Durchführung des Gesetzes mitmäglich mehr kosten als einbringen und vor allem Erweiterung in die Reihen der Offiziere und Beamten tragen würde. So die Fürsorge für die Offiziere.

Den Kriegsbeschädigten aber bestraft man, wenn er befreit ist, gemäß der Reichsverfassung ein nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu sein und am Wiederaufbau des Staates mit seinem letzten Kräfteaufwand mitzuarbeiten. Auf Grund des § 63 des Reichsverfassungsgesetzes ruht nämlich der Anspruch des Kriegsbeschädigten auf Rente,

sobald er nur 5000 M. im Jahre verdient hat, und zwar ruht bei jedem Tausend  $\frac{1}{100}$  seiner Rente.

Also: Ist dem Herrn Sparfinanzminister bekannt...? Und was gedenkt der Herr Sparfinanzminister zu tun....?

## Militärische Jugendbündler

Die Orgesch ist aufgelöst. Es treiben aber noch immer eine ganze Reihe militärisch eingestellter Geheimorganisationen ihr Unwesen in Deutschland, ohne daß sie von den Behörden ernsthaft belästigt werden. So befindet sich in einem in Weiskalen erscheinenden Zentrumsorgan, der „Geseker Zeitung“, ein Aufruf des deutschnationalen Jugendbundes, in dem es heißt:

Der deutsche Jugendbund hat folgende Ziele: 1. In Versammlungen usw. Aufklärungen über den unerfüllbaren Friedensvertrag von Versailles zu geben. In diesem Zwecke werden in nächster Zeit auswärtige Redner erscheinen. 2. Die militärische Ausbildung, seit Abschaffung der Dienstpflicht, wenigstens einigermaßen durchzuführen. Es sollen in Kürze Übungen mit der Waffe in hiesiger Feldmark stattfinden. 3. Im Sommer sollen größere Märsche vorgenommen werden, um mit den Ortsgruppen der benachbarten Orte größere militärische Aktionen durchzuführen. Deutsche Jugend, zeigst nun eure Vaterlandsliebe, damit, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, die heutige deutsche Jugend dem Feinde geschlossen entgegenzutreten kann.

Eintrittsgeld und Beiträge werden von den Mitgliedern nicht erhoben, da, wie es in dem Aufruf heißt, „Der Bund finanziell sichergestellt ist“. Die Ortsgruppe Geseker des deutschnationalen Jugendbundes verdient öffentlichen Dank. Daß sie endlich einmal die wirklichen Ziele dieser Organisation frei und offen formuliert hat.

## Heil Christian Dir!

Daß der deutsche Nationalhymnus „Heil dir im Siegerkranz“ nach englischen Noten gesungen wird, ist bekannt und seinen Sängern oft vorgehalten worden. Weniger bekannt ist, daß auch der Text aus dem Auslande importiert worden ist. Ein Däne war es, der seine beschränkte Untertanengesinnung in gebundene Sprache zwang und im Jahre 1700 seinen König Christian anbot:

Heil dir, dem stehenden Herrscher des Vaterlands!  
Heil Christian dir!  
Früh in den Thrones Glanz  
Die hohe Wonne gann,  
Vater des Volks zu sein!  
Heil Christian dir!  
Nicht Noß und Reifige  
Sichern die tolle Hüh  
Wo Fürsten sein...

Die Dänen selbst hatten für dieses Untertanenlied Scheinbar wenig Meinung. Es bißes von ihnen unbeachtet, bis ein deutscher „Doktor der Rechte“ — als rechter deutscher Doktor den Schatz entdeckte und ihn seinen Landsleuten vorsetzte. Seine ganze geistige Umbearbeitung des Liedes beschränkte sich auf die Ersetzung des Namens „Christian“ durch das Wort „Dania“, in welcher Fassung es dann samt der „Donnegans“ als „das Lied aller Lieder“ dem deutschen nationalen Viederschlag einverleibt worden ist. In dieser internationale Beigeschmack des Siegerkranzliedes für unsere Nationalisten schon recht peinlich, so scheint ihnen auch das letzte Verhängnis nicht erspart zu sein: Der dänische Dichter heißt Heinrich Harries, was mit einiger Bestimmtheit auf jüdische Abstammung schließen läßt. Heil Michel dir!

## Die Ermordung eines belgischen Offiziers

Brüssel, 25. März.

Die „Maendee“ teilt mit: Die belgische Regierung, die durch das abscheuliche Attentat, dem Leutnant Graf zwischen Ruhort und Dassel zum Opfer gefallen ist, in tiefer Erregung und Entrüstung versetzt ist, hat der Militärpolizei sofort den Befehl erteilt, eine Untersuchung zu eröffnen. Sie behält sich vor, sobald die Ergebnisse dieser Unter-

suchung bekannt sein werden, die sich als nötig erweisenden energischen Maßnahmen zu ergreifen. Der Minister des Innern hat dem deutschen Geschäftsträger von Vortreffendem Mitteilung gemacht.

Der belgische Offizier ist im besetzten Gebiet bei der Fahrt auf der Straßenbahn von einem Deutschen niedergeschossen worden. Der Täter ist bisher nicht ermittelt.

## Aussetzung einer Entscheidung

Die Kommission für die Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze an der Weichsel haben kürzlich beschlossen, fünf Dörfer, die zweifellos deutsch sind, an Polen auszuliefern. Dagegen legte die deutsche Regierung Protest ein. Die alliierte Vorkonferenz hat nun beschlossen, die Ausführung des Beschlusses der Grenzkommission in der Weichselfrage vorläufig auszusetzen und zunächst die Grenzkommission um Mitteilung der Gründe zu ersuchen, die zu ihrem Beschluß geführt hatten.

## Russische Reformpläne

In einer Denkschrift teilte die Sowjetregierung den Westmächten mit, daß im vergangenen und im laufenden Jahre folgende Gesetze erlassen oder abgeändert wurden, um die Sicherheit des Lebens und des Eigentums zu gewährleisten: Sicherstellung des Verhältnisses zwischen den Staatsbediensteten und Arbeitern sowie ihrer Vereinigungen und Unternehmungen, Abänderung der Arbeitspflicht, Bekämpfung der Gewerbe- und Handelsfreiheit im Inlande, Sicherstellung des Rechts der Staatsbürger auf ihre Wohnung. Durch ein besonderes Dekret der Regierung wurde das Verbot im Prinzip anerkannt. Ausdrücklich werden die Rechte der Staatsbürger in bezug auf das außergerichtliche Verfahren bei Zwangsmahnahmen der staatspolitischen Behörden festgesetzt. Die allgemeine Aufsicht über die Tätigkeit der politischen Behörden wird dem Justizkommissariat übertragen. Diese Grundrechte der Staatsbürger werden jetzt bei der Neugestaltung des Gesetzbuches der Republik berücksichtigt. Der Staat beschränkt sich ferner darauf, nur die größten und wichtigsten Industrien im eigenen Betrieb zu behalten, während er alle anderen auf kaufmännischer Grundlage umorganisiert und sie an Private verpackt. Die Lösung solcher Pachtverträge kann nur durch das Gericht erfolgen. Angesichts der Notwendigkeit, ausländische technische Hilfsmittel und Materialien einzuführen, befreit die Regierung die konzeptionierten Händler von der Gefahr der Nationalisierung, Requisition und Beschlagnahme ihrer Betriebe.

Anders lautenden Meldungen gegenüber erklärt Krasin, daß das Außenhandelsmonopol ein organisches Grundgesetz der Sowjetrepublik sei, und daß es daher nicht aufgehoben werden könne. Die Aufhebung unter den gegenwärtigen Bedingungen hätte den Ausverkauf der letzten Reste an Warenvorräten für das jetzige Geld zur Folge, sie würde zur Auslieferung der kleinen Produzenten und Besitzer an das ausländische Kapital führen und es könnten im weiteren Verlaufe sogar neue finanzielle und politische Ansprüche der kapitalistischen Staaten an Sowjetrußland erhoben werden.

## Paul Axelrod in Berlin

Genosse Paul Axelrod, einer der Gründer und führenden Theoretiker der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, ist gestern in Berlin eingetroffen, um Heilung von einem ersten Leiden zu finden, das ihn in den letzten Jahren heimgesucht hat. Gleichzeitig will Genosse Axelrod in engere Fühlung treten mit seinen nächsten Parteifreunden, mit denen er in den letzten Jahren nur unter großen Schwierigkeiten die Verbindung aufrechterhalten konnte. Wir begrüßen den großen Vorkämpfer des internationalen Sozialismus, dessen rastloses Wirken auch von der deutschen Arbeiterklasse gewürdigt wird.

Portoerhöhung erst am 1. Juli. Ein Berliner Mittagsblatt hatte behauptet, daß mit einer neuen Erhöhung des Posttarifs zum 1. Mai zu rechnen sei. Das wird als unzutreffend bezeichnet, die Verhandlungen darüber seien noch nicht abgeschlossen.

## Die Sonnenfinsternis am 28. März

Der Fall, daß bei der Umlaufbewegung der Erde um die Sonne und des Mondes um die Erde die Stellung der großen Himmelskörper Sonne, Erde und Mond dahin führt, daß eine die andere beschattet und die Sonnenstrahlen von ihr abhält, tritt am 28. März wieder einmal ein. Die drei Körper werden dann in eine gerade Verbindungslinie kommen, und zwar so, daß der Mond zwischen Erde und Sonne kommt. Er verdeckt uns dann die Sonnenscheibe, d. h. wir haben eine Sonnenfinsternis oder richtiger eine Sonnenverfinsterung. Es ist merkwürdig, daß in unserm System die Größenverhältnisse der Kugeln und ihrer Entfernungen voneinander gerade so sind, daß Sonne und Mond von uns aus gesehen gerade gleich groß erscheinen. Wäre das nicht der Fall, sondern würde z. B. der Mond etwas kleiner sein als er ist, oder etwas entfernter von der Erde, als er tatsächlich absteht, so würde die Sonne durch ihn beim Vorübergang nie ganz verdunkelt werden können, sondern der Mond würde nur einen Teil verdecken, so daß ein leuchtender Ring über die Erde. Nun wechselt bekanntlich die Entfernung der Erde von der Sonne und auch des Mondes von der Erde immerwährend, weil ja die Bahnen der Körper voneinander nicht kreisförmig, sondern elliptisch sind. Im Sommer ist die Erde weiter von der Sonne entfernt, als im Winter. So tritt also bei Sonnenverfinsterung des öfteren der Fall ein, daß ein leuchtender Sonnenring um die Mondscheibe besteht, wenn sich der Mond gerade vor der Sonne befindet. Das ist am 28. März der Fall. Man nennt solche Finsternisse ringförmig.

Will man diese Finsternisse genau ringförmig sehen, dann muß man allerdings fast genau in der Verbindungslinie der drei Mittelpunkte der beteiligten Himmelskörper stehen. Das ist aber nur für eine schmale Zone auf der Erde möglich, während die feinsten Gegenden die Verfinsterung als nur teilweise sehen. Man macht sich das am besten mit drei Kugeln einmal klar, dann sieht man es ohne weiteres ein. Untere Gegenden liegen seitlich von der Zone, auf der man die Verfinsterung ringförmig sieht; wir sehen sie daher nur als teilweise.

Die Verfinsterung nimmt ihren Anfang kurz nach 11 Uhr in Brasilien in der Gegend von Tanquaralinho am Rio Tapajós, erstreckt sich von dort über Mittel- und Südamerika mit Ausnahme von Patagonien, durchquert den Atlantischen Ozean, überzieht den größeren nördlichen Teil von Afrika, Europa mit Ausnahme der nördlichen Hälfte von Skandinavien und das westliche Asien, und endet kurz nach 5 Uhr nachmittags in der tibetischen Wüste. Die schmale Zone der ringförmigen Verfinsterung, die um 12 Uhr 30 Minuten nachmittags bei Catalina im nördlichen Peru beginnt, durchschneidet das nördliche Brasilien, die Sahara und

Arabien. Die ringförmige Finsternis endet bei Rowiet am Persischen Golf um 4 Uhr nachmittags.

In Deutschland ist die Finsternis wie gesagt nur teilweise sichtbar, d. h. der Mond deckt von der Sonnenscheibe nur Teile ab, so daß eine leuchtende Sichel übrig bleibt, deren Größe zu- und wieder abnimmt und sich dabei ein wenig dreht. Man kann das sehr schön beobachten, wenn man den Vorkameras photographiert. Das kann man mit jedem photographischen Apparat tun. Allerdings darf man in die Kasse keine photographische Platte einsetzen, sondern hat dessen ein Stück Tageslichtkopierpapier. Eine photographische Platte würde durch den fürchten Lichtstich der Sonne sofort über und über geschwärzt werden, während das nur schwach lichtempfindliche Kopierpapier in einer bis drei Sekunden ein Bild von der Sichel scharf aufzeichnet. Da sich die Erde dreht, so scheint die Sonne mit dem Monde am Himmel fortzuwandern. Man öffnet daher den Deckel des Apparats etwa alle drei Minuten und macht eine Aufnahme von 1 bis 3 Sekunden Dauer. Damit die ganze Reihe der Aufnahmen auf die Platte kommt, muß man den Apparat natürlich schräg in die Richtung der Sonnenbahn am Himmel einstellen. Eine solche Reihe von Aufnahmen ist höchst interessant und lehrreich. Man erkennt, daß die scheinbare Sonnenbahn am Himmel gekrümmt, also ein Bogen ist; man sieht ferner die Entwicklung der Phasen nach Größe und Lage. Man macht wiederum kurz vor und nach der Verfinsterung noch ein paar Aufnahmen der ganzen Sonne. Die Aufnahmen, die ich gelegentlich der Sonnenfinsternis von 1912 auf diese Weise machte, erregen stets das größte Interesse.

Wenn man die Verfinsterung mit dem bloßen Auge beobachten will, muß man das Auge natürlich gegen Blendung schützen. Das geschieht mit einem Stückchen Beräuchert oder gefärbtem Glaste. In Deutschland ist die Verfinsterung in der Zeit zwischen 2 und 5 Uhr nachmittags als teilweise sichtbar, in Berlin von 2 Uhr 30 Min. bis 4 Uhr 20 Min. Die Sonnenscheibe wird durch den Mond höchstens auf ein Viertel abgedeckt.

## Persephone

Neues Volks-Theater.

In der dritten literarischen Sonderaufführung der Volksbühne lernte man Sonntag den Kleist-Preis-Träger dieses Jahres, Paul Gurl, kennen. Oder vielmehr nicht ihn, denn er soll etwa 30 Dramen geschrieben haben, aber eines seiner letzten Werke „Persephone“. Die Aufführung war der eckste Erfolg in der Reihe dieser Sonderaufführungen. Zum erstenmal sprach kein Literat zu uns, also zumindest ein Mensch, der aus dem Leben und nicht aus dem

Besen produziert. Ob Gurl ein Dichter, ob er überhaupt ein großes Talent ist, steht auf einem anderen Blatt. Jedenfalls ist er keiner dieser fürchterlichen Jünglinge, die ganz hilflos „neue Generation“ mimen; also hat er einen Stein im Brett.

In der griechischen Sage wird Persephone, die Tochter der Erdgöttin Demeter von Hades, dem Gott des Totenreiches, geraubt. Membrand hat das in einem wichtigen aber gewaltigen Bildchen dargestellt, das im Kaiser-Friedrich-Museum hängt. Aber der göttlichen Mutter gelingt es, die Tochter zu befreien. Freilich nicht ganz. Da sie schon in der Unterwelt einen Hosen Speise zu sich genommen hat, muß sie nun ihr Leben teilen. Im Winter weilt sie bei ihrem Gatten im Totenreich, aber wenn der Frühling naht und alles aus der Erde emporsteigt, steigt auch Persephone herauf zu ihrer blühenden Mutter.

Diese Sage hat Gurl bearbeitet, oder wie die Russen sagen würden, transponiert. Die Unterwelt ist das Kohlenreich, der Totengott der Herr der Arbeit und Persephone nichts als ein holdes Geschöpf von Spiel und Pochen. Entführt vom Kohlenherrscher, gehört ihre Seele noch nicht ihm. Wie ein Mann bei Ibsen die Frau vom Meer, gibt der Herr dieser Welt des Willens und des ewigen, freudlosen Dienstes die Gefangene frei. Aber nun kehrt sie erst ganz zu ihm hin. Wie zuerst im Wanne, ist nun in ihr das ewige menschliche Gefühl der Zweifel, dieser Urdrang zu allem Schaffen erwacht. Oben spürt sie jetzt die Schamheit eines Lebens ohne Pflicht und Liebe. Unten freilich ist es so schwer und so düster. Die Hälfte des Jahres werden Mann und Frau zusammenleben, die Hälfte getrennt. Unten wird die Welt des Schaffens, der Jugend, der Bindung, des Dienstes sein. Oben die Lust, die Übung, die Freiheit.

Der alte große griechische Mythos schließt wohl auch alles dies mit ein. Er ist ja so einfach und so groß, weil jede mögliche Gegenüberstellung der Gegensätze, die es im Leben geben kann, in ihm schon enthalten ist. Was Gurl getan hat, ist, daß er der Sage einen noch nicht geschriebenen Strich hinzugefügt hat, indem er die Arbeitsqual in dieser Gesellschaft mit dem Mythos von Tod und Auferstehung verbunden hat. Er hat die Sage nicht „bearbeitet“, er hat sie um eine Deutung vermehrt. Das mag nicht nach viel klingen. In der modernen Dramenproduktion ist es sehr viel.

Als Dichter ist leider Gurl weniger als man nach dieser Ideenkraft erwarten müßte. Beim Dichter ist die Hauptsache die Sprache, bei Gurl ist sie latent. Außer gelegentlich in einem Sätzchen, kommt er niemals vom Wort zur Form. Seine Gestalten haben kaum einen Umriß und nur die geistige Klarstellung der Figuren macht sie überhaupt sichtbar. Bei einer solchen Schwäche des Wortes mußte Gurl das Entscheidende mißlingen: das Mythische und das Moderne zu verbinden. Sein Drama hinkt mit unaufge-

## Wolken am Konjunkturhimmel

### Zurückhaltung in der Kreditgewährung.

In der deutschen Industrie herrscht augenblicklich noch Kaufstimmung. Bis auf wenige Zweige ist sie mit Aufträgen auf viele Monate hinaus gedeckt, es gibt große Industrien, wie die Textil- und die Lederindustrie, die auch für später keine neuen Orders mehr annehmen wollen. Lagerware ist wenig zu haben; die Großhändler brauchen sich nicht um den Absatz, sondern um die Herbeischaffung der Waren zu sorgen. Auf diese scheinbar so glänzende Konjunktur fallen aber bereits Schatten. Bei den Unternehmern macht sich ein täglich fühlbarer werdender Mangel an Betriebsmitteln bemerkbar; insbesondere die Industrie stellt erhöhte Ansprüche an den Kreditmarkt. Das hat die Banken veranlaßt, größere Vorsicht bei der Kreditgewährung zu üben, und insbesondere dafür Sorge zu tragen, daß bei einem Rückschlag der Konjunktur ihre eigene Liquidität nicht in Frage gestellt wird. So verhielt sich die Direktion der Diskontogesellschaft folgendes Rundschreiben, das sie als streng vertraulich bezeichnet:

„Die starke Steigerung aller Preise, die sich in der letzten Zeit wiederum auf neue vollzogen hat, zwingt zu gewissen Betrachtungen über die allgemeine Entwicklung, die durch sie ausgelöst wird. Wenn auch Höhe und Gehälter sich dieser Entwicklung im allgemeinen anpassen, so darf doch nicht außer acht gelassen werden, daß schließlich einmal eine Grenze erreicht werden kann, an welcher die Kaufkraft weiterer Kreise halt machen könnte. Hierzu tritt der Umstand, daß infolge der fortwährenden Geldvermehrung und der sprunghaften Preissteigerung weite Kreise des Volkes sich in einem Umfang mit Waren und dergleichen eingebedeckt haben, daß sie auf lange Zeit hinaus als satuiert betrachtet werden können. Man könnte sich also vorstellen, daß schließlich zwei Gruppen entstehen: die eine, die für lange Zeit versorgt ist und deshalb als Käufer nicht in Frage kommt, und die zweite, die infolge Kaufunmöglichkeit nicht mehr in der Lage ist, Käufe vorzunehmen. Hierzu tritt die weitere Gefahr, daß wir, besonders wenn man als die Grundlage aller Preisentwicklung die Kohle betrachtet, die nun wieder eine starke Preissteigerung erfährt, mit unseren Preisen nach und nach an die Weltmarktpreise heranrücken. Diese Erreichung der Weltmarktpreise wird naturgemäß dazu führen, daß der Umfang unseres Exportes langsam beeinträchtigt wird. Eine Einengung des Exportes aber beschneidet wiederum die Gefahr herauf, daß auch bei uns nach und nach die Beschäftigung der Arbeiter beeinträchtigt wird und sich die Arbeitslosigkeit anderer Staaten auch auf uns überträgt. Dieser Zustand müßte dann an und für sich wieder eine Verschlechterung unserer Währung herbeiführen.“

Wenn im übrigen zurzeit auch keinerlei Anhaltspunkte vorliegen, die die Grundlage einer Marktschwäche bilden könnten, so darf man nicht außer acht lassen, daß schließlich doch einmal unvermittelt wieder eine, wenn auch nur aus spekulativen Erwägungen herauskommende oder durch politische Gestaltungen ausgelöste Besserung der Marktlage eintritt. Die Gefahren, die in einer derartigen Entwicklung für die allgemeine Wirtschaft und insbesondere für die Warenpreisentwicklung liegen, sind aus früheren Vorkäufen bekannt. Würde eine derartige Steigerung aber mit den oben angedeuteten Erscheinungen zusammenstreffen, so könnte leicht wieder einmal eine gefährliche Gestaltung unserer ganzen Wirtschaftslage eintreten.

Im Hinblick auf die erheblichen Engagements, welche nach unseren Beobachtungen die meisten Unternehmungen und Handelsfirmen in der letzten Zeit wieder eingegangen sind, und die zum Teil ihren Niederschlag in einer starken Beanspruchung der Kreditlinie finden, wölten wir nicht unterlassen, Ihnen die vorstehenden Erwägungen zu unterbreiten, die keinerlei voraussetzenden Charakter tragen, sondern lediglich veranlassen sollten, über die mögliche Entwicklung der Dinge rechtzeitig nachzudenken und solche Erwägungen, die sich auch bei früheren Rückschlägen als angebracht erwiesen haben, in geeigneter, selbstverständlicher außerordentlich vorsichtiger Weise gelegentlich auch der in Betracht kommenden Rundschau gegenüber zur Anwendung zu bringen, damit dieselbe nach beiden Richtungen hin die gebotene Vorsicht nicht außer acht läßt.“

„Isthen Realitäten in einer Welt des Symbols herum, in der es nur noch als Schein von Geist und Mistel schweben dürfte. Gurks Talent hat viel vom Ende, aber wenig vom Anfang und der Mitte dichterischer Arbeit. Man hat den Eindruck eines Dichters, aber eines dilettantischen.“

Die Aufführung besorgte ein mir neuer Regisseur, Paul Günther. Nach dieser Leistung ist er nicht der Mann, der dem Neuen Volksbühnen fehlt. Die Aufführung war zwar fester und fester als die bisherige. Aber es gab rhythmische und akustische Schwächen, die auf kein besonders schauspielerisches Erziehungsvermögen des Regisseurs schließen lassen. Immerhin erhebt man ein Bild der Dichtung. Eine Persönlichkeit zu finden, die das Ensemble endlich einmal bildet und entwickelt, ist die Hauptaufgabe der Direktion. Gerade der Wert der literarischen Sondervorstellungen der Volksbühne, die wir auch im nächsten Jahre nicht missen wollen, verpflichtet sie dazu.

Felix Stössinger.

Jürgen Fehling, dessen tatkräftiger und vorwärtsführender Arbeit das Theater am Bülowplatz den Aufschwung des letzten Jahres verdankt, verläßt die Volksbühne und geht ans Staatstheater. Für die Volksbühne, der Fehling im nächsten Spieljahr noch für zwei Inszenierungen zur Verfügung stehen wird, bedeutet das einen schweren Verlust und sicher nicht den letzten. Denn solange noch (sehr lange wird es wohl nicht sein) die kapitalistischen Theaterliteratur betreiben, wird es ihnen immer gelingen, sich die an der Volksbühne entwickelten Talente zu holen. Daß hier zufällig das Staatstheater als Konkurrenz aufgetreten ist, ändert nichts an der Gefahr dieser Situation oder macht sie sogar erst deutlich, da das Staatstheater ja selbst unter der Konkurrenz der vielen Privattheater zu leiden hat. Dem Staatstheater ist allerdings ein Mann wie Fehling nicht nur zu wünschen, sondern auch zu wünschen. Fehling hat leider geahnt, daß er zwar ein bedeutender Regisseur ist, aber allein wie bisher nicht Manns genug, den Spielplan und das Ensemble zu erneuern. Fehling ist daher gerade die richtige Ergänzung zu Fehlingers Persönlichkeit. Öffentlich findet die Volksbühne einen ausgezeichneten Nachfolger für Fehling. Man wird suchen und vorurteilslos prüfen müssen.

### Tagesnotizen.

Die Große Volkshalle hat am 1. September dieses Jahres das Theater des Volkes erhalten, um dort für den nächsten Herbst die Vorstellungen mit einem allseitigen Personalstab zu besorgen. Dies bedeutet einen außerordentlichen Schritt vorwärts auf dem Wege zu dem geplanten eigenen Theaterhaus. Der am 6. Februar angefallene 5. Oberabend (Morgen) im Theaterhaus findet am Dienstag, den 28. März, abends 7.30 Uhr, statt. Die Besetzung besteht aus dem Regisseur Engel Augustin und dem Bühnenbildner, Bühnenbildner, Bühnenbildner und Bühnenbildner der Deutschen Bühnenvereine H. G. unter Bruno Selber-Winter.

In diesem Schreiben wird bestätigt, was von uns immer wieder hervorgehoben worden ist. Es hat sich schon bei der Konjunkturwelle im vorigen Jahre weniger um einen „Ausverkauf“ Deutschlands nach dem Auslande gehandelt, sondern um einen außerordentlich gesteigerten Inlandskonsum; dieselbe Erfahrung ist auch bei der augenblicklichen Kaufstimmung zu machen. Die bestehenden Klassen suchen alle flüssigen Mittel, die sie nicht für den Betrieb brauchen, in Waren umzusetzen, denn das ist besser, als Steuerzahlen. Besonders stark ist der Kaufdrang bei der agrarischen Bevölkerung; ihr fließen infolge der ständig steigenden Preise für alle Lebensmittel fortlaufend große Barbeträge zu, die sie zu einem erheblichen Teil zu umfangreichen Einkäufen von Gebrauchsgütern verwenden. Es ist kein Zufall, daß die Konjunktur ihren Ausgang auch jetzt von den Bekleidungs- und Luxusindustrien nimmt und nicht, wie in normalen Zeiten, vom Baugewerbe. Das Schreiben der Diskontogesellschaft bestätigt aber auch weiter die Tatsache, daß die Kaufkraft der Arbeiterklasse immer mehr abnimmt, und daß für unser Wirtschaftsleben eine katastrophale Stunde schlagen muß, wenn die Konsumkraft der Minderbemittelten völlig versagt und zugleich die bestehenden Kreise ihre Käufe einstellen.

Man würde jedoch zu weit gehen, wollte man aus diesem Schreiben schließen, daß sich der kapitalistischen Welt eine pessimistische Stimmung bemächtigt hätte. Sie verspricht sich für die nächsten Monate noch die günstigsten Gewinnaussichten. Und die Bankkreise müssen schon aus eigenem Interesse dafür sorgen, daß den Unternehmern die für den ungestörten Fortgang der Produktion nötigen Mittel zugeführt werden. Man kann also jetzt höchstens von ein paar zehnteiligen Hemmungen sprechen, es wäre verfehlt, eine politische Spekulation darauf aufzubauen, daß eine Finanzkrise in der Privatwirtschaft oder gar eine Absatzkrise für die nächste Zeit zu erwarten wäre.

## Für das Beamtenrätengesetz!

### Revolutionäre Treibereien in Giesbers Reich.

Die Bezirksarbeitsgemeinschaft Berlin der Reichspost hielt am 24. d. eine gutbesuchte Versammlung für die örtlichen Beamtenausschüsse der Oberpostdirektion Berlin zwecks Stellungnahme zum Bezirksausschuß der Oberpostdirektion ab. Der 1. Vorsitzende, Herr Vinke, referierte über das Verhalten des Präsidenten, Herrn Gengle, von der Oberpostdirektion, der den neuen rechtmäßigen Bezirksausschuß nicht anerkennen will, weil derselbe wohl nicht so zusammengesetzt ist, wie es die im Herrn Gengle, denn dem neuen Bezirksausschuß gehören Kollegen an, u. a. Große, Hoffmann, Jahn, Ried, Schimmel, Steiner und Jachert, von denen man wohl erwarten kann, daß sie energischer die Interessen der Kollegen vertreten werden, als es der alte Bezirksausschuß tut. Heftige Entrüstung rief die Tatsache hervor, daß beflagter Präsident sogar den Herrenstandpunkt vertritt, den Vorsitzenden der Bezirksarbeitsgemeinschaft in dieser Angelegenheit nicht zu empfangen, und der erklärte, der neue Bezirksausschuß sei nicht ordnungsgemäß zustande gekommen. Darum erkenne er denselben nicht an. — Dies trifft aber nicht zu; denn der neue Bezirksausschuß ist unter Beachtung der Richtlinien von Dezember 1918 (die uns nicht geflossen; denn wir verlangen die Urwahl von den angehörenden Fachorganisationen, die hier in Berlin 42 000 Mitglieder haben und den örtlichen Ausschüssen aufgestellt worden und die nur durch Verhinderung des Präsidenten auf den Kernern nicht bekannt wurden. Dies sollte aber die Organisation nach und nach zum 1. März kein Widerspruch gegen diese Vorgehensweise und auch keine andere eingereicht war, so gilt eben diese Vorgehensweise.

In der sehr regen Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten von allen bis auf zwei sinnergemäß unterzogen und gebilligt. Großen Eindruck machten die Ausführungen unseres Genossen, des Reichstagsabgeordneten Wilh. Hoffmann, der als einziger von allen eingeladenen Parteien usw. erschien und stürmisch begrüßt wurde. Er berichtete über die Erfahrungen, die er mit dem Präsidenten Gengle und dem Reichspostministerium gemacht habe, die es wagten, nicht nur jeden Rechtsstandpunkt zu beugen, sondern auch, wie in seinem Falle Ankläger und Richter in einer Person zu spielen, ohne den Angeklagten zu hören! Genosse Hoffmann sprach dann noch über den großen Gedanken der Räteidee, wodurch nur ein freies Beamtentum und die volle Verantwortlichkeit aller geschaffen wird. Er verlangte auch die endliche Aberkennung des Beamtenrätengesetzes; denn nur dadurch kann die Demokratisierung der Betriebe vorgenommen werden. Hoffmann fand mit seinen Ausführungen begeisterte Zustimmung. Vom Beamtenbeirat erschien nur Herr Schneider, der berichtete, daß zurzeit im Reichspostministerium die Entscheidung über den Bezirksausschuß fallen soll. Seine Mitteilungen, daß in verschiedenen Gruppen gewählt werden soll, löste den Unwillen der Versammlung aus, die in dieser Form wieder die Ausrückung des Amtesblattes 33 in verächtlicher Art sehen, die das Dreiklassenwahl bedeutet.

Zwei Entschlüsse wurden gegen zwei und sechs Stimmen angenommen, die besagen, daß der neue Bezirksausschuß sofort seine Tätigkeit aufnehmen hat, und daß die Bildung desselben ureigenste Angelegenheit der Beteiligten und nicht der Verwaltung sei. Die zweite Entschlüsse verurteilt das Verhalten der Verwaltung in dieser Angelegenheit und fordert die Entsendung des Präsidenten Gengle von der Oberpostdirektion Berlin.

Wir möchten zu diesem Bericht nur bemerken, daß durch die Entsendung solcher Geister wie Gengle nicht nur die Wirtschaftlichkeit und die Dienstfreudigkeit bei der Post gehoben würde, sondern auch die Demokratisierung der Verwaltungen vorwärts käme. Dafür müssen sich die Politiker zunächst alle einsetzen.

20 Mark Gold — 1200 Mark Papier. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 27. März bis 2. April 1922 zum Preise von 1200 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 600 Mark für ein Zehnmarkstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 27. d. März bis auf weiteres zum Nischen Betrag des Rennwertes.

122 Jahre Kerker für italienische Arbeiter. 18 Angeklagte hatten sich vor dem Turiner Gerichtshof wegen der Tötung zweier Nationalisten während der Facistenkämpfe zu verantworten. Während 7 Angeklagte freigesprochen wurden, lautete das Urteil für die 11 anderen auf eine Gesamtstrafe von 122 Jahren Kerker, davon Gefängnisstrafen von 9, 18, 19 und in zwei Fällen von 30 Jahren. — Den Facisten mag die italienische Justiz kein Haar zu krämmen.

## Niedrige Methoden

Es muß zum Angriff übergegangen werden. Der Feldzug des Berliner Bürgeriums gegen die Beauftragten der Berliner Arbeiterschaft in leitenden kommunalen Stellen nimmt allmählich denartigen Umfang und denartig niedrige Formen an, daß es nicht beim Verteidigen bleiben darf. Es muß endlich einmal den dunklen Quellen nachgegangen werden, aus denen der trübe Strom der politischen Verleumdung gegen sozialistische Stadträte fließt.

Eine dieser trüben Quellen, die in der Deffenlichkeit nicht zutage treten, ist die kommunalpolitische Korrespondenz des Herrn Bruno Duetten, seines Zeichens Berliner Stadtdirektor der Deutschen Volkspartei. Diese Korrespondenz hat jetzt — um unseren Vorwurf durch einen Spezialfall zu beweisen, die folgende Notiz veröffentlicht, die im „Volkstanziger“ (natürlich) und der „Täglichen Rundschau“ (ebenfalls natürlich) abgedruckt wurde.

Herr Stadtrat „rückt“! Was Berlin-Mitte und Panitzsch leisten können, kann Neukölln ebenfalls haben, nämlich einen Stadtrat, über den gelaßt wird. Der Herr Stadtrat, seines Zeichens Lagerverwalter beim Konjum, wohnte bis vor kurzem in der Böhmischen Straße 45—46 und fühlte sich dabei auch ganz behaglich. Nur mit der Zahlung der Miete war unter Stadtrat noch aus seiner Bezirkspflegezeit her immer etwas im Verzuge. Als der Schaden zu groß wurde, ersuchte ihn der Hauswirt höflich aber dringend zur Zahlung; unter guter Stadtrat will kurzer Hand dem unbequemen Drängen seines Hauswirts ein Ende bereiten. Unter der Hand wird eine andere Wohnung beschafft; — sehr wissenswert wäre es, wie — einige gute Freunde werden zur Unterstützung herangezogen, und eines Morgens erwacht der Hauswirt von einem ungewöhnlichen Lärm: Sein Stadtrat will ohne seine Einwilligung und ohne die Schuld zu bezahlen, ausziehen; er „rückt“. Kurz entschlossen wird Hilfe herbeigerufen, und ein Teil der Möbel bleibt im Gewahrsam des Hauswirts, als Schuldsand. Unter diesen Sachen befindet sich aber auch ein Schrank, worin Akten des Bezirks aufbewahrt wurden. Da diese Akten dringend gebraucht wurden, blieb dem armen Stadtrat nichts weiter übrig, als die Schulden zu bezahlen, um wieder in den Besitz der Akten zu kommen.“

Diese Notiz, die die Anschuldigungen bezeichnenderweise anonym behandelt, ist von Anfang bis zu Ende ein Schwindel. Dieser Neuköllner Stadtrat, unser Parteigenosse Reinhard, der unbefeldete Bezirksamtsmitglied ist, erschien auf unserer Redaktion und hat den dokumentarischen Nachweis für die völlige Haltlosigkeit dieser infamen Notiz erbracht. Das Mietantragbuch des Genossen Reinhard zeigt die ordnungsmäßigen Zahlungen für die ganze Zeit auf. Die Differenz mit dem Hauswirt der alten Wohnung bezog sich auf einen Heizkostenzuschuß, dessen Höhe der Mieter nicht anerkennen konnte. Gleichwohl hinterlegte Genosse Reinhard den fristigen Betrag in voller Höhe beim Amtsgericht, so daß von einer Gefahr des Hauswirts keine Rede sein konnte. Das tatsächliche Erfolg Zurückhalten des Schrankes war eine ungesetzliche Eigenmächtigkeit des Hauswirts, die Genosse Reinhard durch Verfügung des Amtsgerichts korrigieren ließ.

Die neue Wohnung des Genossen Reinhard ist ihm ordnungsgemäß auf Antrag aus dem Jahre 1920 vom Wohnungsamt und in einem ebenso ordnungsgemäßen Verfahren vor dem Mietnigungsamt XIV zugeprochen worden. Das Bezirksamt hat den genannten Zeitungen eine Berichtigung geben lassen.

Ebenso niederträchtig war das Verhalten des Bürgeriums in dem Beddinger Falle der Frau des Genossen Bod. Darüber wird an geeigneter Stelle und zu geeigneter Zeit noch zu reden sein. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat zu jeder Zeit ganz rücksichtslos — das müssen auch ehrliche politische Gegner zugeben — durchgegriffen, wo ihre Verfechtungen der aus ihren Reihen aufgestellten Stadträte bekannt wurden. Wir wünschen nur, daß die bürgerlichen Parteien in gleichen Fällen ebenso energisch durchgreifen möchten!

## Das Schicksal der städtischen Tarife

Der ständige Staatsausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat am Freitag unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Geh. Rat Dr. Kirchner dem Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses beim Reichsarbeitsministerium in Sachen der Lohnverhöhungen der Arbeiter und nicht ständig Angestellten zugestimmt und die Tarifverhöhungen für Elektrizitäts- und Gasarbeiter genehmigt. Abgelehnt wurde die Erhöhung der vom Magistrat vorgeschlagenen Tarife für Gas, Wasser und Straßenbahn, angenommen die Erhöhung der Tarife für die Entnahme von elektrischem Strom und für die Gasanlagen.

Ferner lehnte der Ausschuß, der nicht vollständig besetzt war, mit Stimmengleichheit die Magistratsvorlage über die neue Kraftdroschkenverordnung ab und nahm einen Antrag auf Einführung einer Pauschalsteuer für Kraftdroschken nach den geäußerten Wünschen der Kraftdroschkenbesitzer an.

## Hochstapeleien einer russischen Hofdame

Im Berliner Untersuchungsgefängnis landete nach einem abenteuerlichen Leben eine Dame der russischen Gesellschaft. Sie früher in Petersburg den ersten Kreisen angehörte.

Die ehemalige Hofdame, die trotz völliger Verarmung ihr gewohntes Leben fortführen wollte, legte sich auf Betrügereien großen Stils. In russischen Kreisen, die sie von früher her kannte, wurde es ihr leicht, ehemalige Handlanger um beträchtliche Summen anzubringen. Aber auch dabei blieb es nicht. Wiederholt befohl sie die Familien, bei denen sie verkehrt hatte, um Pelze und Wertgegenstände anderer Art. So häufte ein ehemaliger russischer General 28 000 R. ein. Ein russischer Großkaufmann vertraute ihr einen Goldschatz in indischen Rupien an, die sie für ihn durch Angehörige einer Hofkammer einwechseln sollte. Statt dessen verwertete sie die Rupien für sich. Als die Kriminalpolizei von ihrem Treiben Kenntnis erhielt, eras sich, daß sie gerade wieder einen größeren Diebstahl verübt hatte und nach Köln abgereist war, um dort ihre Beute zu Geld zu machen. Als sie von dort zurückkehrte, wurde sie von Kriminalbeamten auf dem Bahnhof Friedrichstraße verhaftet und sofort dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

## Außerordentliche Schwurgerichte

Die erschreckende Zunahme der Kriminalität in Groß-Berlin stellt an die Roabiter Strafjustiz außerordentlich schwere Anforderungen. Nachdem jetzt längere Zeit hindurch 5 Schwurgerichte — ein Fall, der noch nie vorgekommen war — getagt hatten, beghinnen heute schon wieder drei neue Schwurgerichte, und zwar, da die Roabiter Strafjustiz nicht

